



Umkämpfter öffentlicher Raum. Hunderte Muslime beten vor einem Regierungsgebäude in der Pariser Vorortsgemeinde Clichy la Garenne. Foto Keystone

Die Rückkehr der Religion in die Politik

Die Europäer verschlafen eine sich zuspitzende Problematik

Von Bassam Tibi

In den vergangenen Jahren ist ein Begriff für Menschen, die die Religion und ihre Rückkehr in die Politik nicht verstehen, geprägt worden: Religions-analphabeten. Der Islam bietet sich hier als ein Beispiel an; dieser ist ein Glaube, der Respekt im Rahmen der Religionsfreiheit verdient, aber er steht gleichzeitig auch in einem Prozess der Politisierung, woraus Islamismus erwächst.

Hier ist gegenüber der Religion Wachsamkeit geboten. Das Doppelspiel der Islamfunktionäre erschwert den Umgang mit dem Phänomen. Dieses Doppelspiel sieht so aus: Wo Muslime als Minderheit leben, bemitleiden diese Funktionäre ihre Gemeinde in der Opferrolle, so wie in Indien und in Europa. Diese Funktionäre stellen dann politische Forderungen für islamische Minderheiten. Anders jedoch dort, wo die Muslime in der Mehrheit sind, denn dort unterdrücken sie hemmungslos die Minderheiten anderer Religionen, diskriminieren sie und schweigen hierüber.

Wer das beanstandet, wird der Islamophobie bezichtigt. Ich möchte hierfür ein Beispiel anführen. Der NZZ-Korrespondent in Kuala Lumpur berichtete von dort im folgenden Wortlaut hierüber: «Die Religion, d. h. der Islam, ist in Malaysias Gesellschaft präsent denn je und hat die Politik in den letzten Jahren geradezu dogmenhaft durchdrungen. Malay-Muslime ... werden zunehmend als die echten Bürger verstanden. Allen anderen, hauptsächlich Chinesen und Indern, haftet das Fluidum der Zugewanderten oder gar Fremden an.» Chinesische und Hindu-Minderheiten werden in Malaysia diskriminiert, obwohl sie Bürger des Landes sind; ihnen wird aber der Bürgerstatus real verweigert, eben weil sie keine Muslime sind. Ich kann mir den Aufschrei kaum vorstellen, wenn Europäer Ähnliches mit Muslimen je tun würden. Ähnlich wie in Malaysia verhalten sich Muslime gegenüber christlichen Minderheiten in Nahost, besonders im Irak und in Ägypten, wo christliche Gotteshäuser abgebrannt werden.

Der in der Schweiz eingebürgerte Amerikaner John Eibner, der Christian Solidarity International (CSI) leitet, hat in den vergangenen Jahren eine

Vortragsreihe über diese Thematik in Zürich organisiert, aus der 2017 das Buch «The Future of Religious Minorities in the Middle East» hervorgegangen ist. Ich bin einer der Mitautoren dieses Buchs und behaupte darin, dass nahöstliche Muslime die Rechte anderer Minderheiten stets missachten. Der vorliegende Artikel schliesst daran an und fasst auch die Gedanken zusammen,

Ich beobachte eine Völkerwanderung aus der Welt des Islams nach Europa.

die ich in den vergangenen Monaten in öffentlichen Vorträgen in Wien, Biskkek, Lissabon, Praga, Po rto, Warschau und Prag über Religion und Politik am Beispiel Europas im Zeitalter der Völkerwanderungen aus der Welt des Islam vorgetragen habe. Selbst Muslim, mache ich mir Sorgen über die Zukunft Europas als einer «Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft», wie es der Philosoph Max Horkheimer einst umschrieb.

Instrumentalisierung der Religion

Über das Asylrecht zugewanderte Muslime bringen die Probleme ihrer Länder mit nach Europa, und die Europäer verbieten sich eine offene Diskussion hierüber. Es geht nicht um Religiosität, das ist ein Grundrecht, sondern um die Praxis einer politischen Religion, mit deren Hilfe soziale, ökonomische und politische Probleme artikuliert werden. Ich nenne diesen Umstand Religionisierung der Politik. Zur Illustration folgendes Beispiel: Es gelingt nicht, die zugewanderten Muslime in Europa zu integrieren. Auf dieser Grundlage entstehen Parallelgesellschaften, in denen «ethnische Armut» dominiert: Die zugewanderten Muslime fühlen sich als Opfer der Europäer; sie greifen auf die Religion zurück, um diese ethnische Armut als Folge der Diskriminierung ihrer Religion oft bewusst falsch zu deuten. Das reicht hin bis zur Gewaltausübung gegen «Ungläubige» mitten in Europa.

Bei meinen angeführten Vorträgen und öffentlichen Diskussionen über diese Thematik bin ich oft auf den

Einwand gestossen, dass hier die Religion instrumentalisiert werde. So wird behauptet, die islamische Legitimation der Gewalt habe mit dem Islam nichts zu tun und Ähnliches mehr. Diese Leute scheinen die klassische Arbeit von Eric Hofer, «The True Believer», nicht zu kennen. Der «true believer» ist ein Gläubiger, der seinen Fanatismus als Bestandteil seines religiösen Glaubens deutet. Es ist zynisch, zu unterstellen, dass ein fanatischer islamischer Selbstmordattentäter die Religion instrumentalisiert und dafür mit dem Tod bezahlt.

Wenig Hoffnung

Ich möchte an dieser Stelle zwei Missverständnisse aus dem Weg räumen. Erstens, selbst Muslim, habe ich keinerlei Einwände gegen die Menschen islamischen Glaubens, die nach Europa kommen. Was ich beanstande, ist die politische Religion und die darauf basierenden Anschauungen, die sie mitbringen. Das zweite Missverständnis ist die Beanstandung des Rechts der Zuwanderer, ihre Religion an die Politik zu binden. Europäische Gesellschaften sind säkular, und die öffentliche Sphäre sollte entsprechend säkular, d. h. religionsneutral, bleiben. Die organisierten Islamverbände akzeptieren diese Forderung jedoch nicht.

Dürfen wir hierüber frei reden? Der Berliner Professor Herfried Münkler verbietet dies, weil hierbei sonst – so seine Worte – eine «Islamisierung der Debatte» entstünde. Wer dies dennoch tut und sich nicht daran hält, wird in die rechte Ecke gestellt. Ich bin ein liberaler Muslim und lehne es ab, mich dieser Selbstzensur zu unterwerfen. Das wäre eine «Submission», also eine Kapitulation gegenüber den Islamisten.

Sprechen wir es unzensuriert aus, so wie ich es in meinem Buch «Islamische Geschichte und deutsche Islamwissenschaft» tue: Ich beobachte darin eine Völkerwanderung aus der Welt des Islam nach Europa. Nach der Veröffentlichung des Buchs hat das amerikanische Pew Research Center am 30. November letzten Jahres solide Statistiken über die Zunahme des Anteils islamischer Bevölkerung an der europäischen Wohnbevölkerung veröffentlicht und bis zum Jahre 2050 Szenarien prognostiziert. Das Pew rechnet für

2050 mit einem Anteil von 20 Prozent Muslimen an der Gesamtbevölkerung des Landes der Willkommenskultur (Deutschland); in anderen europäischen Ländern liegt der Anteil mit 14 bis 16 Prozent niedriger.

Auf dieser Grundlage habe ich zwei Szenarien entworfen. Szenario A: Wenn die Multikulti-Ideologie siegt, bilden zugewanderte Muslime Parallelgesellschaften mit Anspruch auf Minderheitsrechte, d. h. sie werden nicht integriert. Szenario B: Muslime werden dagegen als Bürger im Sinne von Citoyen integriert, sie vertreten einen europäischen Islam und haben entsprechend Anteil an einer europäischen Leitkultur. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint das positive Szenarium wirklichkeitsfremd zu sein; die Funktionäre der organisierten Islamverbände wollen dies nicht.

Der übergeordnete Rahmen der angesprochenen Problematik heisst, dass die Religion nach einer bisher erfolgreichen Säkularisierung in Europa heute in die Politik zurückkehrt und eine Entsäkularisierung fördert. Zwei Religionssoziologen können hierüber als Autoritäten angeführt werden, einerseits Max Weber, der Säkularisierung als eine «Entzauberung der Welt» deutet und als eine europäische Leistung preist; dagegen argumentiert der Harvard-Religionssoziologe Daniel Bell, der vom «Return of the Sacred» spricht. Es gibt nicht nur wirtschaftliche, politische und soziale Konflikte. Es gibt auch Wertekonflikte.

In Bezug auf unsere Thematik sind die Wertekonflikte gemeint, die aus der

2050 erwartet man in Deutschland einen Bevölkerungsanteil von 20 Prozent Muslimen.

Inkompatibilität säkularer und religiöser Werte hervorgehen. Europäer verstehen z. B. unter Recht das, was die demokratisch gewählten Parlamente legislativ bestimmen, Muslime verstehen dagegen unter Recht eine von Allah geoffenbarte Scharia. Der Konflikt zwischen beiden Rechtsverständnissen ist ein klassischer Wertekonflikt. Und dieser ist nicht lösbar. Entweder ist eine

offene Gesellschaft säkular, oder sie ordnet sich dem Rechtsverständnis der Scharia unter. Letzteres fordern die Islamfunktionäre im Namen von Minderheitsrechten.

Ein Problem besteht darin, dass Religion nicht nur an die Politik, sondern auch an die Kultur gebunden wird. Zusammen mit der Zuwanderung aus der Welt des Islam, ja generell durch Migration wird Identitätspolitik betrieben. Bei den Muslimen wird kulturelle Identität religiös definiert, und die Migranten verstehen sich als ein Kollektiv mit Minderheitsrechten. Um es klar festzuhalten: Bei der Identitätspolitik steht nicht der individuelle Bürger, sondern das Kollektiv im Mittelpunkt.

Das Verständnis von Ethnizität

Die Muslime bilden eine Religionsgemeinschaft, die mit Ethnizität nichts zu tun hat. So gibt es Muslime, die blond, und andere, die dunkelhäutig sind. Durch die illegale Migration und die Bildung von Parallelgesellschaften entsteht ein islamisches Kollektiv, das sich im Widerspruch zum bisherigen Verständnis von Ethnizität ethnisch gegenüber Nicht-Muslimen definiert.

Es war mir nicht möglich, über diese Problematik im kontinentalen Europa zu arbeiten, weil die Hürden so hoch sind. In den USA an der Stanford University und an der London School of Economics (LSE) habe ich hierüber geforscht. In der Zeitschrift *Sena* der LSE und im bei Stanford University Press erschienenen Buch «Ethnic Europe» habe ich den Begriff Ethnisierung des Islam in Europa geprägt. Diese Tendenz ist ein akutes Sicherheitsrisiko für die säkularen und demokratischen Gesellschaften in Europa. Was kann man dagegen tun? Die beste Lösung ist eine Integration der zugewanderten Muslime als Citoyen/Bürger, nicht als Kollektiv bzw. Minderheiten. Diese dürfen keine Sonderrechte bekommen, weil dies die offenen Gesellschaften Europas, die säkular bestimmt sind, aushöhlt.

Bassam Tibi (73), geboren in Damaskus, ist emeritierter Professor für Internationale Beziehungen in Göttingen. Er schreibt für die Basler Zeitung regelmässig über den Islam, die arabische Welt und Fragen der Integration.